



Grüne sollten ihr Verhältnis zu Glaube und Kirche klären

Mit einer öffentlichen Erklärung versuchen die Landesvorsitzenden sowie die Vorsitzenden der Landtagsfraktion der Grünen nach den Irritationen, die der Beschluss der Landesdelegiertenkonferenz zur Verbannung aller religiösen Symbole aus den Schulen ausgelöst hatte, zurückzurudern. Die Debatte über den Stellenwert religiöser Symbole in der Schule solle zwar weitergeführt werden heißt es in der Erklärung, der Beschluss bleibe aber selbstverständlich bestehen.

Damit haben die Grünen einen Kulturkampf vom Zaun gebrochen, für den allein sie die Verantwortung tragen. Wenn es in der Erklärung heißt, das Verbot von Kreuzen in Klassenzimmern sei nicht Ziel des Änderungsantrags zum Wahlkampfprogramm gewesen, hält man sich damit nur an die in Bayern geltende Rechtslage nach dem so genannten „Kruzifix-Urteil“ des Bundesverfassungsgerichts von 1995. Ungeklärt bleibt auch nach der aktuellen Stellungnahme des Landesvorstands das Verhältnis der Grünen zum christlichen Glauben und zur Kirche, wenn von einer „Gleichbehandlung aller Religionen“ gesprochen wird.

Sicherlich muss man in einem freiheitlichen Verfassungsstaat in einem bestimmten Sinn von der Pflicht des Staates zur Neutralität in Religionsfragen sprechen. Das bedeutet jedoch keinesfalls, dass der Staat die Säkularisierung der Gesellschaft zu fördern oder Christentum und Religion möglichst zu neutralisieren habe. Gemeint ist vielmehr positiv die Toleranz des Staates, seiner Organe und Repräsentanten gegenüber Religionen und Weltanschauungen.

Die Kirchen sind nicht die gleichsam öffentlich beauftragten Lieferanten einer Zivilreligion für Gesellschaft und Staat. Sie sind vielmehr öffentlich auftretende Institutionen, die den Menschen dieser Gesellschaft ein individuell wie sozial bedeutsames Angebot zu machen haben, das aus langer Tradition heraus vielfältige Lebensgrundlagen bietet. Die christlichen Kirchen prägen seit zwei Jahrtausenden unsere Kultur und Gesellschaft.

Religiöse Symbole spielen dabei eine wichtige Rolle. Niemanden, der etwas von sozial-kulturell gewachsener Symbolik versteht, wird dies überraschen. An vorderster Stelle steht für viele Gläubige das Kreuz, das eine Vielfalt von Sinnbezügen wie Mitleid, Nächstenliebe und Versöhnung bis hin zu Sozialstaatlichkeit und Entwicklungshilfe aufweist. Doch gehört noch eine Vielzahl weiterer Symbole in unsere christliche Welt, nicht zuletzt auch die persönliche Prägung durch Ordenshabit oder Priestergewand.

Die in unserem Staat geübte Trennung von Staat und Kirche gebietet gleichermaßen Distanz und Kooperation, in Würdigung der Bedeutung, die christlicher Glaube und kirchliches Leben auch im religiös neutralen Staat für das Gemeinwohl und den Gemeinsinn der Bürger haben.

Die Grünen müssen sich die Gretchen-Frage stellen lassen: „Nun sagt, wie habt ihr es mit der Religion?“ Der jüngste Beschluss der bayerischen Landesdelegiertenkonferenz gibt darauf aus unserer Sicht eine negative Antwort. Die Gläubigen in Bayern, zumal diejenigen, die ihren Glauben öffentlich praktizieren und auch bezeugen wollen, werden den gewollten Rückzug religiöser Symbole aus den Schulen nicht nur als Intoleranz gegenüber ihrer eigenen Glaubensüberzeugung, sondern als Vorbote weiterer Versuche sehen, Religion aus der Öffentlichkeit zu verdrängen. Dass dieser Versuch mit der geltenden Verfassungslage in Bayern und Deutschland kollidiert, wird für die Grünen dabei nicht das einzige Problem sein.